LEUCHTTURM

Ausgabe Herbst 2023

DIE MASKEN SIND GEFALLEN

HASS AUF DAS EIGENE VOLK

Linke Abgeordnete schämt sich deutsch zu sein

Selbstabschaffung unserer Kultur: Worum es linken Abgeordneten wirklich geht.

Durchsichtige Hetze gegen die AfD

Die „Brandmauer“ wird früher oder später zusammenfallen.

Upahl: Landesregierung ignoriert Bürgersorgen

Trotz Bürgerprotest: Containerdorf in Upahl kommt jetzt doch.

„Wokeismus“

Worum geht es den linken Radikal-Aktivisten im Landtag in Mecklenburg-Vorpommern wirklich?

Jan-Phillip Tadsen - Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Die letzte Plenarwoche vor der Sommerpause 2023 hat einen Nachgeschmack. Denn was in der Debatte um Migration im Landesparlament zutage kam, war für mich höchst bedenklich im Hinblick auf das Demokratieverständnis mancher Abgeordneter und damit die Zukunft unseres Landes.

Finden Sie es zielführend, wenn eine Frau, die sich dafür schämt, „deutsch, weiß und westeuropäisch“ zu sein, die Politik für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mitbestimmt, da sie in der Regierungskoalition sitzt?

Ich habe damit meine Probleme….

Steffi Pulz-Debler (Linke) hat mit ihrem theatralischen Auftritt im Plenum eine Performance abgeliefert, für die sie Linksradikale womöglich abfeiern. Aber eben nur die. So mancher, der bei der Landtagswahl aus alter Verbundenheit sein Kreuzchen linksaußen gemacht hat, wird wohl ins Grübeln gekommen sein, ob die LINKE tatsächlich noch an seinem Wohl interessiert ist…

Das müsste eigentlich auch der Abgeordneten klar gewesen sein. Stellt sich also die Frage nach dem Warum: warum eine „Ich-schäme-mich-für-mein-Privileg-deutsch-weiß-und-westeuropäisch-zu-sein“-Show mitten im Landtag?

Antworten darauf liefert ein lesenswertes Essay zum Thema „Wokeismus“ (übersetzt: „in hohem Maße politische Wachheit gegenüber Diskriminierung“) der niederländisch-amerikanischen Politikwissenschaftlerin und Islamkritikerin somalischer Herkunft, Ayaan Hirsi Ali, das jüngst in der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlicht wurde:

„In Gender-, Rassismus- und Klimafragen dominieren radikale Aktivisten die Debatten. Sie sind nicht an einer Lösung der Probleme interessiert, sondern an der Umsetzung einer verheerenden Utopie.“ (NZZ vom 18.07.2023)

Die Abgeordnete Steffi Pulz-Debler (Linke) hat mich nicht einmal angeschaut, als ich ihr im Plenum mittels Kurzintervention eine konkrete Frage zu ihren abstrusen Ausführungen gestellt habe. Sie wolle nicht antworten, „um der AfD keinen Raum zu geben“.

Glauben Sie, dass diese Frau die drängenden Probleme im Land wirklich lösen kann? Nein. Denn: Sie will es gar nicht.

Die Masken sind gefallen:

Hass auf das eigene Volk

Nikolaus Kramer - Fraktionsvorsitzender

Ehrlichkeit ist in der heutigen Zeit, gerade im politischen Kontext, oft ein seltenes Gut und gerade diejenigen, welche gebetsmühlenartig vor einem neuen Erstarken rechter Politik warnen und Patrioten auf alle erdenkliche Weise versuchen zu diffamieren, sind oft ganz besondere Heuchler. Versteckt hinter der Maske des Humanismus und sich auf der Seite der Guten wägend, verfolgen diese in Wahrheit oft eine totalitäre Agenda. Immer wieder fällt diese Maske und Äußerungen der wahren Natur blitzen dunkel hervor. Beispiele dafür gibt es viele, besonders eindrucksvoll hat dies aber zuletzt der selbsternannte Seenotretter Axel Steier, Gründer der Organisation „Mission Lifeline“ bewiesen. Dieser Axel Steier hat es sich zur Aufgabe gemacht, Flüchtlinge im Mittelmeer zu retten. Was viele aber nicht wissen, die Flüchtlinge werden meist vor der nordafrikanischen Küste aufgegabelt und nicht wie in der Seenotrettung üblich an den nächsten Hafen gebracht, sondern in die genau entgegengesetzte Richtung, nach Europa geschleppt. Die Agenda dahinter ist eine andere.

In seinem Tweet vom 10. August 2023 bricht der Hass von Steier auf das eigene Volk ungewöhnlich ehrlich seine Bahn. Deutschland sei ein Land der Täter. Der Wähler soll um seine Meinung gebracht werden und das Führungspersonal der AfD solle in Lager weggesperrt werden. Klingt düster? Ist es auch! Die Maske des vermeintlichen Menschenretters fällt. Was bleibt sind totalitäre Allmachtsfantasien, die an die kommunistischen Tribunale der Sowjetunion unter Stalin erinnern.

Steier legt aber in der Kommentarspalte weiter nach. Alle AfD-Wähler, welche er selber auf 20 bis 40 Prozent beziffert, sollen kurzum enteignet und mittellos gemacht werden.

Stellen Sie sich einmal vor, ein Politiker der AfD hätte dermaßen verdrehte Äußerungen von sich gegeben, der Aufschrei wäre groß. Als Bürgerrechtspartei stehen wir aber genau für das Gegenteil – für die individuelle Freiheit, Wohlstand statt Enteignung und auf die im Grundgesetz verbriefte Meinungsfreiheit.
Wir müssen also genauer hinsehen, mit wem wir es da auf der vermeintlich guten Seite wirklich zu tun haben und welche hasstriefende Ideologie hinter der Maske des Gutmenschen steckt. Bleiben wir wachsam, bevor es zu spät ist!

Rostocker Hafen:

Aktive Wirtschaftspolitik für Mecklenburg-Vorpommern – Rahmenbedingungen schaffen

Michael Meister - Arbeitsmarktpolitischer Sprecher

Die Diskussion um fehlende Flächen für industrielle und logistische Zwecke im Rostocker Hafen verdeutlicht, wie dringend eine aktive Wirtschaftspolitik gebraucht wird. Es ist von größter Bedeutung, wertvolle Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen. Unsere tarifgebundenen Arbeitsplätze im Land sind rar gesät, und wir dürfen nicht zulassen, dass sie aufgrund von politischem Stillstand verloren gehen. Deshalb müssen wir eine Hafenerweiterung mit Nachdruck vorantreiben und die notwendige Infrastruktur schaffen.

Die SPD ist seit 29 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern in der Regierungsverantwortung, und dennoch haben wir einen alarmierenden Einwohnerschwund von rund 200.000 Bürgern erlebt, darunter viele hochqualifizierte Fachkräfte, die in anderen Bundesländern bessere Chancen sahen. Die Tatsache, dass potenzielle Investoren, wie jüngst Rheinmetall oder Intel, das Bundesland meiden, sollte uns zu denken geben. Wir brauchen keine gutgemeinten Ratschläge von Frau Schwesig – die Wirtschaft benötigt stabile Rahmenbedingungen, damit Unternehmen angemessene Löhne zahlen und langfristige Arbeitsplätze schaffen.

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass eine engagierte Wirtschaftspolitik unsere Zukunft gestaltet. Wir stehen für eine Wirtschaftsförderung, die unsere Region stärkt und die Interessen unserer Bürger in den Mittelpunkt stellt.

Altparteien lassen Bauern im Regen stehen

Jens Schulze-Wiehenbrauck - Agrarpolitischer Sprecher

Die heftigen Regenfälle der letzten Wochen machen die Getreideernte unmöglich. Viele Landwirte machen ihrem Unmut über die sozialen Medien Luft. Aber nicht nur über das schlechte Wetter wird geschimpft, sondern vor allem auch über die Agrarpolitik der Altparteien.

Die undurchsichtige Ausweisung der roten Gebiete in MV, die vorgeschriebenen Regelungen zur Flächenstilllegung und Fruchtfolge und das Ausbleiben von Trockenzeiten für die Ernte. Den Landwirten in Mecklenburg-Vorpommern steht das Wasser wortwörtlich bis zum Hals.

Jetzt müssen schnellstmöglich Entlastungen her. Der Anbau von Weizen und die Aufhebung der Flächenstilllegung, ohne den empfindlichen Wegfall von Fördermitteln, ist dringend geboten. Darüber hinaus müssen die Ausweisungen der roten Gebiete auf ein wissenschaftliches Fundament gestellt werden und die Landwirte nicht pauschal unter den Verdacht der Umweltverschmutzung stellen.

Die AfD-Fraktion ist die einzige Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, die unseren Landwirten auch in Krisenzeiten zur Seite steht. Wir fordern eine schnelle und vor allem unbürokratische Unterstützung seitens des Landes, um die Bauern nicht mit einer drohenden Missernte alleine zu lassen.

Danke für nichts Frau Drese!

Pflegekosten explodieren – Pflegediensten in MV droht das Aus.

Thomas de Jesus Fernandes - Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Seit Monaten demonstrieren unsere Pflegedienste. Sie machen lautstark auf die schlechte Ausfinanzierung aufmerksam, die den Eigenanteil der Angehörigen und den der Pflegeleistungsempfänger immer weiter erhöht. Sozialministerin Stefanie Drese hat offensichtlich wenig Interesse an ihrem Fachgebiet und machte sich im Juniplenum noch über unseren und weiteren Oppositionsanträgen lustig. Die steigenden Kosten für Pflegeheimplätze in MV sind alarmierend. Die Eigenanteile steigen damit weiter und machen uns zum Armenhaus der Bundesrepublik.

Das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) ist nicht in der Lage, die Eigenanteile in der stationären Pflege nachhaltig zu begrenzen. Die aktuelle Finanzierung der Pflegezuzahlung stellt eine regelrechte Enteignung im Alter dar. Wir brauchen eine ganzheitliche Pflegereform in Deutschland und müssen über einen Wechsel von einer Teilkasko- zur Vollkaskoversicherung reden. Ein Baustein dazu ist das Landespflegefördergeld, dieses fordere ich fü meine Fraktion seit Jahren.

Defizit Denkmalschutz

Rot-Rote Landesregierung muss endlich liefern

Thore Stein - Parlamentarischer Geschäftsführer

Es ist beschämend, welchen Stellenwert die Denkmalpflege in diesem an Baudenkmälern so unermesslich reichen Bundesland einnimmt. Dabei ist seit Jahren bekannt, dass die in den Haushalten eingestellten Mittel bei weitem nicht ausreichen, um die immer größer werdenden Aufgaben des Erhalts von historischen Gebäuden zu stemmen. Seit über zehn Jahren hat es die Landesregierung nicht für nötig gehalten, die Haushaltsmittel an Inflation, Baukostensteigerung und steigende Bedarfe anzupassen. Auch die Personalsituation im Landesamt für Kultur und Denkmalpflege entspricht bei weitem nicht dem Anspruch, den dieses Land an sein Kulturerbe haben müsste.

Der jährliche Denkmalreport weist aus, wie katastrophal die Situation in Hinblick auf die Unterstützung von Eigentümern ist. Denn eines ist doch klar: Wenn der Staat durch das Denkmalschutzgesetz in das Privateigentum der Bürger eingreift, dann haben diese auch eine entsprechende finanzielle Hilfeleistung zu erwarten.

Restauratorische Gutachten, aufwendige Planungen und arbeitsintensive Restaurierung und Sanierung treiben die Kosten des Denkmalerhalts schnell in schwindelerregende Höhen. Der Verweis auf die großzügigen Abschreibungen ist dahingehend verwerflich, dass Denkmalbesitz somit zu einem Reichenprivileg verkommt. Wer durch ein geringes Erwerbseinkommen nur eine geringe Steuerlast hat, dem nützen die üppigen Afa-Sätze nichts.

Es ist abseits dieser traurigen Bilanz der politisch Verantwortlichen sehr zu begrüßen, dass sich im Land zunehmend Initiativen bemerkbar machen, die den Denkmalschutz, aus der Gesellschaft heraus, stärken wollen. Für die Landesregierung ist das jedoch ein Armutszeugnis. Frau Ministerin Martin hat nun im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen Gelegenheit Farbe zu bekennen. Wir werden ihr als Opposition ausreichend Gelegenheit dazu bieten.

Das Boot ist voll!

Bürger in Upahl mit Containerdorf übergangen

Jens-Holger Schneider - Kommunalpolitischer Sprecher

Der geplante Bau einer Flüchtlingsunterkunft in Upahl, einem beschaulichen Dorf in Mecklenburg-Vorpommern mit etwa 500 Einwohnern, ist ein alarmierendes Beispiel für die problematische Asyl- und Migrationspolitik der Regierung.

Die berechtigten Sorgen und Bedenken der Bürger werden nicht ernst genommen und die Interessen der Einwohner ignoriert. Gegen den Willen der Einwohner sollen in Container mindestens 250 Flüchtlinge untergebracht werden. Ursprünglich waren sogar 400 geplant. Der Protest der Upahler zeigt deutlich, dass die Grenzen der Aufnahmefähigkeit überschritten sind.

Die Bewohner Upahls befinden sich im anhaltenden Widerstand gegen das Bauvorhaben. Als Vorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion unterstütze ich den Protest nicht nur kommunalpolitisch, sondern begleitete auch von Anfang an die Bürgerproteste auf der Straße. Der Zuspruch für unsere restriktive Migrationspolitik ist groß. Die Infrastruktur des Dorfes ist nicht auf einen solchen Zustrom an Migranten ausgelegt und viele Anwohner sind um ihre Sicherheit und die ihrer Familien besorgt.

Die fehlende Transparenz in der Entscheidungsfindung und die Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Dorfgemeinschaft sind unsere zentralen Kritikpunkte.

Der anhaltende, heftige und berechtigte Protest der Gemeinde muss ein klares Zeichen sein, dass es ein „weiter so“ nicht geben darf. Die Kapazitätsgrenzen für die Aufnahme von Flüchtlingen sind schon lange überschritten. Anstatt gegen den Willen der Bürger weitere Unterkünfte zu bauen und so den sozialen Frieden zu gefährden, muss die Landesregierung endlich konsequent abschieben. Nur so können sozialverträglich neue Aufnahmeplätze geschaffen werden.

Durchsichtige Hetze gegen die AfD

Horst Förster - Rechtspolitischer Sprecher

Die Lage spitzt sich zu. Die Unzufriedenheit der Bürger wächst. Die Brandmauer gegen die AfD wackelt. Die Diffamierung der AfD als rechtsextrem wird noch weiter angeheizt, um die AfD als unwählbar darzustellen. Für die Union führt dieser Weg allerdings in eine Sackgasse. Denn mit der Abgrenzung gegen die AfD liefert sie sich auf Gedeih und Verderb dem links-grünen Lager aus.

Doch mit unseren Argumenten für eine Politik der Normalität, die die Interessen des eigenen Landes in den Vordergrund rückt, rennen wir bei der Sommertour überall offene Türen ein. Die Bürger, vor allem hier im Osten, spüren genau, dass die Kartellbildung gegen die AfD allein dem eigenen Machterhalt dient und die Regierenden das Land ideologiegesteuert sehenden Auges gegen die Wand fahren.

Wer hätte je gedacht, dass die Forderung nach Normalität geradezu revolutionären Charakter hat. Normalität heißt, als Nation vereint in einem freien und geachteten Deutschland zu leben, das sich zuallererst um seine eigenen Bürger kümmert und ihnen ein Leben in Sicherheit und Wohlstand gewährt.

Stattdessen erleben wir eine von ideologiebehaftetem Wunschdenken getriebene Politik gegen das eigene Volk, und zwar egal wohin wir blicken, vor allem in der Migrationspolitik, aber auch in der Wirtschaftspolitik, wo die Regierung das Kunststück fertiggebracht hat, mit Sanktionen, die uns selbst am allermeisten schaden und einer illusionären Energiepolitik die Deindustrialisierung Deutschlands in die Wege zu leiten.

Aber was kann man von einem Wirtschaftsminister erwarten, der vor einigen Jahren freimütig erklärte, „Patriotismus, Vaterlandsliebe also, fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht.“ Mit einem solchen Bekenntnis im Gepäck kann man nur in Deutschland Minister werden.

Wir wollen einen Bürgerwald!

Und keinen Betrügerwald von Backhaus

Martin Schmidt - Wirtschaftspolitischer Sprecher

Seit Jahren werden die Aufforstungsziele nicht annähernd erreicht. Die 1000 Hektar im Jahr wurden selten auch nur zur Hälfte geschafft. Durchschnittlich nur gut 260 Hektar pro Jahr. Mit unseriösen Begrifflichkeiten wie z. B. Waldaktien täuscht aber der Umweltminister Till Backhaus die Bürger. Angeblich gibt es Wertpapiere für den Naturschutz. Doch dahinter verbirgt sich eine ineffiziente Spendenakquise. In der Antwort auf die Kleine Anfrage auf Landtagsdrucksache 8/731 konnte man es ja nachlesen. Im Jahr 2021 wurden gerade einmal 94 Streuobstgenussscheine für 940 Euro veräußert. Ganze Null „MoorFutures“ wurden verkauft. Lächerliche 701 sogenannte Waldaktien wurden an den Mann gebracht und 7.010 Euro eingenommen. Alleine die Kosten für die Webseite betrugen im Jahr 2021 über 7500 Euro. Hinzu kommen Zahntausende Euro für Personal.

Die Holz- und Forstwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern steht vor der großen Aufgabe, den Wald in unserem Land zukunftssicher zu gestalten. Hierzu sind weitreichende Aus- und Umbaumaßnahmen notwendig. Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, dass drei Milliarden Bäume bis 2030 neu gepflanzt werden sollen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden im Rahmen des EU-Projektes bisher lediglich rund 32.000 Bäume gepflanzt. Während beispielsweise die belgische Provinz Namur fast 2,7 Millionen Bäume gemeldet hat.
Die AfD-Fraktion hat die Lösung dafür, die fehlenden Mittel zu beschaffen. Wir brauchen einen echten Bürgerwald. Bürger geben Geld für Waldinvestitionen und erhalten eine Rendite aus dem Bestandswald. Um dem Projekt auf die Sprünge zu helfen, hatte die AfD-Fraktion im Landtag beantragt, dass ein Waldfonds mit transparentem Online-Konto geschaffen werden soll. Den Bürgern würde damit die Möglichkeit gegeben, die Pflanzung von Bäumen zu fördern und dafür später am Gewinn des nachhaltig bewirtschafteten Waldes beteiligt zu werden.

Irreführende, verbrauchertäuschende Begriffe wie ‚Waldaktien‘, die nichts anderes sind als Spendenakquise, können nicht zum Ziel führen. Die Bürger brauchen einen spürbaren Mehrwert!

Verkehrschaos auf Usedom

Stephan J. Reuken - Verkehrspolitischer Sprecher

Die Verkehrssituation auf und um Usedom verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Maßnahmen, die Abhilfe schaffen sollen, nehmen viel zu viel Zeit in Anspruch. Die Umgehung um Wolgast wird seit zig Jahren gefordert. Fertig soll sie im besten Falle 2028 sein. Die doppelte Gleisführung, damit Züge sich passieren können, ist angekündigt, aber wann dies fertig sein soll, weiß niemand. Für Personalmangel bei der Usedomer Bäderbahn kann die Landesregierung nur bedingt etwas. Aber selbst bei voller Einsatzbereitschaft muss davon ausgegangen werden, dass die Anzahl der Züge in der Hauptsaison nicht ausreicht. Während Projekte wie das 49€-Ticket, bzw. das 29€-Ticket für Senioren als große Errungenschaften gefeiert werden, verschläft es die Landesregierung auch die nötigen Rahmenbedingungen für ihre Anliegen zu schaffen. Um den Verkehrskollaps auf Usedom in der Zukunft zumindest notdürftig zu verhindern gilt es drei Dinge umzusetzen: 1. Ein effektiveres Baustellenmanagement, damit in der Hauptferienzeit nicht gleichzeitig an beiden Brücken gebaut wird. 2. Eine Offensive zur Planungsbeschleunigung und dem Abbau von Bürokratie, damit Verkehrsprojekte schneller realisiert werden können. 3. Eine Mittelerhöhung für den Saison-Bahnverkehr, damit zum einen das Reisen mit der UBB keine Zumutung ist, und gleichzeitig ein wenig Entlastung für den Straßenverkehr erzeugt wird.

Linke Hetze gegen Verbindungsstudenten

Reform des Hochschulgesetzes notwendig

Paul Timm - Hochschulpolitischer Sprecher

Das Gesetz über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, kurz LHG M-V, ist das grundlegende Gesetz zu Regelungen an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns. Hierzu zählen auch die Existenz und das Handeln der Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts, der verfassten Studentenschaft. Die studentische Selbstverwaltung an einer Hochschule in Form des Studierendenparlaments (StuPa) einerseits und diversen Ausschüssen andererseits – hier ist vor allem der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) zu nennen – soll laut Hochschulgesetz und eigener Satzung die sozialen und fachlichen Belange, sowie geistigen und kulturellen Interessen aller Studenten unterstützen.

Jedoch verfolgt das Studentenparlament (StuPa) der Universität Greifswald mit seinem Beschluss vom April 2023 die klare Absicht, die Minderheit der Verbindungsstudenten durch Ausschluss von Veranstaltungen der Studentenschaft auszugrenzen. Dem ungeachtet haben Verbindungsstudenten wie alle anderen Studenten auch durch Zahlung ihrer Studiengebühren das Recht auf vollumfänglichen Zugang zu allen damit korrespondierenden Leistungen.

Der Ausschluss der Minderheit der Verbindungsstudenten von Veranstaltungen der Studentenschaft offenbarte einen klaren Machtmissbrauch des Studierendenparlaments (StuPa) an der Universität Greifswald. Weiterhin ist das ausgeprägte Vorhandensein von politischem Extremismus und das fehlende Bekenntnis zur demokratischen Rechtsstattlichkeit ein Problem innerhalb der verfassten Studentenschaft. Denn laut Hochschulgesetz sollen die Belange und Interessen aller Studenten vertreten und abgebildet werden. Vor dem Hintergrund demokratischer Grundsätze ist das Studierendenparlament also nicht legitimiert, mit dem Beschluss vom April 2023 Studentenverbindungen nicht als Träger studentischer Kultur zu bewerten. Studentenverbindungen sind historisch gewachsen und integraler Bestandteil deutscher Hochschulkultur. Die verfasste Studentenschaft darf nicht für undemokratische politische Ansichten instrumentalisiert werden.

Bislang können sich die Studenten, die an den Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern studieren, nicht aussuchen, ob sie die verfasste Studentenschaft unterstützen wollen. Das Konzept des Austrittsrechts aus der verfassten Studentenschaft ist keineswegs neu. In dem Bundesland Sachsen-Anhalt wird dies bereits praktiziert und hat sich dort bewährt. Das jetzige System ist nichts anderes als ein schwerer Konstruktionsfehler im Hochschulgesetz, der mit einer Bevormundung der Studenten einhergeht und zugleich einen Freiheitsverlust im universitären Alltag bedeutet.

Im Sinne der Willens- und Wahlfreiheit, sollte eine Austrittsmöglichkeit aus der Studentenschaft geschaffen werden, um der immer weiteren Politisierung der Organe der Studentenschaft entgegenzuwirken. Durch die Zwangsmitgliedschaft wird den Studenten die freie politische Entscheidung zur Zugehörigkeit zur Studentenschaft abgenommen. Eine freiwillige Mitgliedschaft ist der deutlich bessere Ansatz, um die Studenten besser zu vertreten und die Arbeit der Studentenschaft an ihrer Zustimmung zu messen.

Ferner stammt das Geld, welches durch die verfasste Studentenschaft ausgegeben wird, von den Studenten selbst, die bei Zahlung ihres Semesterbeitrags stets auch einen Teil an die verfasste Studentenschaft entrichten. Wenn damit die Leistungen, die damit laut Hochschulgesetz einhergehen sollen, verweigert werden, muss der Austritt für Studenten möglich sein.

Meister statt Master

Damit das Handwerk Zukunft hat

Enrico Schult - Bildungspolitischer Sprecher

Ziel unserer bildungspolitischen Arbeit ist weiterhin die Stärkung der Regionalschulen und der beruflichen Bildung gegenüber dem überlaufenen Gymnasium.

Bei Rekord-Immatrikulationszahlen an den Hochschulen und Universitäten fehlen Fachkräfte im Handwerk, in der Industrie und im Dienstleistungsbereich. Diese Unterversorgung verschärft sich mit dem absehbaren Ausscheiden der „Babyboomer“ weiter.

Vor diesem Hintergrund besonders fatal:
3.700 junge Menschen, 18- bis 24-Jährige, sind hierzulande weder in der Schule noch in der Ausbildung noch in einem Arbeitsverhältnis. Sie würden dringend gebraucht. Statt nach Zuwanderung zu rufen, sollten sie endlich zu einer sinnvollen und einträglichen Beschäftigung finden.

Nach wie vor aber gelten gymnasiale und Hochschulausbildung als entscheidender Maßstab für Bildungserfolg – mit der fatalen Folge, dass gerade dort Bewertungen und Abschlüsse inflationiert werden. 2020 begannen erstmals mehr Menschen ein Hochschulstudium als eine Berufsausbildung.

Auf lange Sicht gesehen wird an den deutschen Universitäten das Potenzial hunderttausender junger Menschen vergeudet. Anstatt in den gymnasialen Bildungsgang zu wechseln, sollten gute Schüler an einer Regionalschule verbleiben, die wieder auf soliden Unterricht setzt und sich mit besseren Schülern neu profilieren könnte. Die hätte mit einer qualifizierten Berufsausbildung alle Chancen auf eine interessante Tätigkeit und guten Verdienst.

Handwerks- und Industrieberufe sind mittlerweile herausfordernd und anspruchsvoll. Hier liegt die Zukunft für engagierte junge Leute. Weil Handwerker, Techniker und Dienstleister so sehr gebraucht werden, stehen diese Berufe in ihrem Sozialprestige Hochschulberufen nicht nach.

Doch zuerst ist die Landesregierung in der Pflicht, die personelle Situation an den Regionalschulen zu verbessern. Ein wesentlicher Grund für die Elternentscheidung, ihr Kind aufs Gymnasium zu schicken, ist nämlich der hohe Unterrichtausfall an den Regionalschulen. Die AfD-Fraktion fordert für die Ausbildung von Lehrern schon seit Jahren, eine eigene pädagogische Hochschule im Land zu gründen. Mit dieser könnte der Lehrerbedarf dauerhaft gesichert werden. Der Einsatz von Quereinsteigern mag in der jetzigen angespannten Personalsituation an den Schulen unverzichtbar sein, dennoch kann gute Bildung nur von gut ausgebildeten Lehrern vermittelt werden, hier müssen wir als Land unseren Fokus unbedingt auf grundständig ausgebildete Pädagogen richten.

Die derzeit vom Bildungsministerium an den Schulen praktizierte Mobilmachung, die Eltern selbst mögen sich doch einfach als Lehrer ausprobieren, zeigt die ganze Hilflosigkeit der Landesregierung. Nichts ist angesichts der Geburtenzahlen so gut planbar wie die der Lehrerbedarf der Zukunft. Die Fehlentscheidungen der Vergangenheit müssen unsere Kinder nun mit Unterrichtsausfall ausbaden.

LNG-Albträume auf Rügen

Landesregierung ist eingeknickt

Petra Federau – Energiepolitische Sprecherin

Die maßgeblichen politischen Entscheidungsträger der vergangenen Jahre und Jahrzehnte haben Deutschland in eine sehr schwierige energiepolitische Situation gebracht. Hinzu treten der über-ehrgeizige deutsche Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wie Gas, Öl und Kohle sowie das ideologiegetriebene Abschalten hoch-rentabler und sicherer deutscher Kernkraftwerke.

Diese Formen verlässlicher Energieerzeugung sollen ersetzt werden durch eine zufallsbedingte und verhältnismäßig teure Stromerzeugung mittels Windkraft- und Photovoltaikanlagen, wobei die Nutzung von Gas als Übergangstechnologie vorgesehen war.

Aufgrund der jüngeren welt- und innerpolitischen Entwicklungen hat sich das Risiko einseitiger Abhängigkeit realisiert, wodurch eine überstürzte Neuordnung der Bezugsquellen erforderlich wurde.

In Kombination mit dem wirklich irrsinnigen Ausstieg aus der Kernkraft und der Nutzung fossiler Energieträger konnten die energiepolitische Ziele Deutschlands vorhersehbar nicht eingehalten werden – im Gegenteil: Die Energiepreise zogen merklich an, wodurch private und gewerbliche Verbraucher wirtschaftlich stark belastet werden.

Aufgrund des nun notwendig gewordenen verstärkten Rückgriffs auf Verstromung fossiler Energieträger erfolgt eine erhöhte Umweltbelastung und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sieht eine deutliche Abnahme der Versorgungssicherheit - kein Wunder bei wetterabhängigen Energieerzeugungsarten.

Um diese Versorgungssicherheit irgendwie zu erhöhen, plant die Bundesregierung nun die Errichtung eines LNG-Terminals mit zwei Floating Storage and Regasification Units (FSRU) – zu Deutsch: Schwimmende Speicher- und Regasifizierungs-Anlagen- im Hafen Mukran in Sassnitz auf Rügen.

Die Arbeitsweise dieser Regasifizierung-Einheiten würden mit erheblichen negativen Umwelteinwirkungen einhergehen. Hinzu käme die Verlegung einer 50 km langen Gasleitung vom Hafen Mukran nach Lubmin, was ebenfalls einen erheblichen Eingriff in den empfindlichen und schützenswerten Naturraum vor der Küste Rügens bedeuten würde.

Insgesamt würden durch die dafür notwendigen Baumaßnahmen sowie durch den Betrieb der FSRU selbst erhebliche schädliche Umwelteinwirkungen zutage treten, die das Ökosystem irreparabel schädigten und daher einen unverhältnismäßigen Eingriff darstellen würden.

Ein Vorhaben dieser Art wäre ohne die Anwendung des LNG-Beschleunigungsgesetzes nicht genehmigungsfähig, wodurch die Schwere der Auswirkungen dieses Vorhabens deutlich wird.
Die politischen Entscheidungsträger dürfen deshalb die Interessen des Natur- und Umweltschutzes sowie die wirtschaftlichen Interessen des Gast- und Tourismusgewerbes der touristisch geprägten Insel nicht leichtfertig übergehen.

Daher fällt es schwer mitzuerleben, dass Vertreter der Bundes-, Landes-, und Kommunalpolitik Entscheidungen treffen, die wissentlich zum Schaden einer ganzen Region in Mecklenburg-Vorpommern führen.

Im Vorfeld dieser unsäglichen LNG-Debatte vor Rügen wurden noch Bekenntnisse für die Bürger und die Region abgegeben und sich dagegen ausgesprochen. Denn schon im Februar 2023 wurde mit der Petition 146839 an den Deutschen Bundestag unter dem Titel „Keine Aufnahme der geplanten LNG-Terminals vor der Küste Rügens in das LNG-Beschleunigungsgesetz“ klar, dass es massiven Widerstand geben wird.

Ich zitiere aus der Petition: “Zudem wurde bislang weder durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch durch den Vorhabenträger nachvollziehbar dargelegt, dass es der Kapazitäten der Anlage zur Sicherstellung der Energieversorgung in Deutschland zusätzlich zu den bereits realisierten und geplanten Anlagen überhaupt bedarf.

Auch der Antwort der Bundesregierung mit BT-Drucksache 20/5170 auf die kleine Anfrage BT-Drucksache 20/4867 ist eine solche zwingende Notwendigkeit nicht zu entnehmen.“

Um die notwendigen Abwägungsprozesse vornehmen bzw. nachvollziehen zu können, muss die Landesregierung von der Bundesregierung dezidierte Nachweise über die Notwendigkeit des Vorhabens zur Abwendung einer Gasmangellage fordern.

Die Landesregierung steht hier in der Pflicht, von der Bundesregierung die erforderliche Aufklärung mit Nachdruck zu verlangen.

Und noch eines sei gesagt:
Wer sichere, rentable, deutsche Kernkraftwerke aus ideologischen Gründen abschalten lässt und aufgrund der wetterabhängigen – also unregelmäßigen Stromerzeugung, nun aber Gas (LNG-Gas) zur Verstromung nutzt, hat jegliches Recht verwirkt zu behaupten, wir hätten eine Gasmangellage.

Die AfD hatte bereits im Juli einen Dringlichkeitsantrag gestellt, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, gegen die Aufnahme von Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz das Bundesverfassungsgericht anzurufen.

Es bestehen nämlich erhebliche Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes, und zwar hinsichtlich von Überkapazitäten und einem gleichzeitigen Standardabbau beim Umweltschutz.

Zudem dürfte das Gesetz die sich aus der wechselseitigen Bundestreue ergebende Pflicht zur gegenseitigen Rücksichtnahme verletzen.

Insoweit eröffnet sich für die Landesregierung die Möglichkeit, das Bundesverfassungsgericht anzurufen und hier eine einstweilige Anordnung gegen eine Umsetzung des Gesetzes zu erwirken.

Wir fordern deshalb die Landesregierung und alle anderen Fraktionen im Landtag dazu auf: zeigen Sie, zeigen wir gemeinsam, dass wir Volksvertreter dieses Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern sind und lassen Sie uns gemeinsam mit den Bürgern und Verbänden an einem Strang ziehen und

1. sich im Bundesrat und auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bis zum Abschluss der Bürgerentscheide und Gerichtsentscheide sämtliche Bautätigkeiten für die Errichtung eines LNG-Terminals unterbleiben.

2. Des Weiteren einen dezidierten Nachweis von der Bundesregierung einzufordern, der eine unumgängliche Notwendigkeit zur Errichtung derartiger LNG-Terminals darlegt.

3. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, die Einwohner Rügens auf Augenhöhe in ihre Entscheidungsprozesse einzubinden.

Dazu gehört es, dass die Ergebnisse der angestrebten Bürgerentscheide und eingeleiteten Klagen diverser Initiativen und Vertreter zu den geplanten LNG-Terminals auf Rügen durch die Landesregierung respektiert und gegenüber der Bundesregierung standhaft vertreten werden.

FRAKTION VOR ORT

AfD-Fraktion im Landtag MV
Lennéstraße 1 (Schloss), 19053 Schwerin

0385/525-1700
kontakt@afd-fraktion-mv.de
www.afd-fraktion-mv.de

NIKOLAUS KRAMER

Breite Straße 23, 17358 Torgelow
Am Mühlentor 1, 17489 Greifswald
nikolaus.kramer@afd-fraktion-mv.de
03834 – 7773690
www.nikolauskramer.de

THORE STEIN

Lange Straße 20, 19370 Parchim
thore.stein@afd-fraktion-mv.de
03871 – 2639175
www.thore-stein.de

THOMAS DE JESUS FERNANDES

Rosa-Luxemburg-Str. 16a, 17192 Waren
thomas.fernandes@afd-fraktion-mv.de
03991 – 1480711
www.de-jesus-fernandes.de

ENRICO SCHULT

Treptower Straße 26, 17109 Demmin
Basedower Str. 10, 17139 Malchin
enrico.schult@afd-fraktion-mv.de
03998 – 2856416
www.enrico-schult.net

JAN-PHILLIP TADSEN

Kütiner Straße 21, Sternberg
jan.phillip.tadsen@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251762
www.jan-phillip-tadsen.de

PETRA FEDERAU

petra.federau@afd-fraktion-mv.de
01573 0320888
www.petra-federau.com

HORST FÖRSTER

Neustrelitzer Straße 70g, Neubrandenburg
kontakt@hoerst-foerster.de
0395 – 36968500
www.hoerst-foerster.de

JENS SCHULZE-WIEHENBRAUCK

Am Markt 7, 17389 Anklam
jens.schulze-wiehenbrauk@
afd-fraktion-mv.de
03835 – 5251723

JENS-HOLGER SCHNEIDER

Dankwartstraße 57, 23966 Wismar
jens.holger.schneider@afd-fraktion-mv.de
03841 – 2452765

MARTIN SCHMIDT

Lange Straße 108, 19230 Hagenow
Ziegeleiweg 17, 19057 Schwerin
kontakt@martin-schmidt.net
01575 - 6421807
www.martin-schmidt.net

PAUL TIMM

Mobiles Wahlkreisbüro
paul.timm@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251772
www.paultimm-afd.de

MICHAEL MEISTER

Wilhelm-Külz-Platz 1, 18055 Rostock
01575 180 57 02
michael.meister@afd-fraktion-mv.de
www.michael-meister.de

STEPHAN J. REUKEN

Hasenwinkel 6, 17438 Wolgast
stephan.reuken@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251722